

JENS KABISCH

Tyrannis Digitalis oder was Whistleblowing heute zum Widerstand macht

Als am 12. Juli 2013 Edward Snowden vor die Kameras der Weltöffentlichkeit trat und in einem Nebenraum des Moskauer Flughafens Scheremetjewo sein Ersuchen um Asyl bekannt gab, schlug er einen nachdenklichen und doch aufrüttelnden Ton an. Erst vor wenigen Tagen war die Maschine des bolivianischen Präsidenten Evo Morales in Wien zu einer Zwischenlandung gezwungen worden. Die amerikanischen Behörden hatten ihn, Edward Snowden, in dem Flugzeug des bolivianischen Präsidenten vermutet und ihre europäischen Verbündeten terrorisiert, erst Morales die Überflugrechte zu verweigern und später, auf österreichischem Territorium, die Maschine des Präsidenten, Hoheitsgebiet Boliviens und eigentlich sakrosankt für dieser Art von ›polizeilichen‹ Übergriffen, zu durchsuchen.

Snowden, ein ehemaliger Mitarbeiter der NSA, der zwischen 2012 und 2013 1,7 Millionen Dokumente und Geheimakten kopiert hatte, warf den USA in seinem Statement nun vor, sie hätten sich in einen modernen Tyrannen verwandelt. Er spielte damit auf einen politischen Zustand an, der mit seinem ›Verbrechen‹ zunächst in keinem unmittelbaren Zusammenhang stand. Eigentlich wollte er mit den Veröffentlichungen über die Geheimprogramme der NSA ›nur‹ die Verfassungsbrüche dieser Behörde und der amerikanischen Regierung offenlegen und zeigen, wie die USA – zusammen mit dem britischen GCHQ und anderen Nachrichtendiensten des *Five Eyes* Abkommens – unaufhaltsam die Grundlagen einer liberalen Demokratie torpedieren und zerstören: hauptsächlich den Anspruch auf Privatsphäre und das Gebot, nur durch ein ordentliches Gericht angeklagt und überwacht werden zu können; wie es die amerikanische Verfassung jedem US-Bürger mit Artikel 4 und 5 zusichert. Snowden ging es darum, die Machtexzesse der amerikanischen Regierung aufzudecken und, wenn es schon die Regierung selbst nicht schaffe, ihre eigenen Sicherheitsbehörden zu kontrollieren, die Macht an das Volk zurückzugeben und das Volk zur Kontrollinstanz der Gewalten zu machen.

Die erzwungene Landung des bolivianischen Präsidenten und der Umgang mit Snowden selbst, den die USA auf eine *no-fly* Liste gesetzt hatten und ihn damit praktisch zum Staatenlosen machten, war für ihn ein weiterer Beweis dafür, wie die USA nicht nur ihr eigenes Volk, sondern heute die ganze Welt tyrannisieren.

Die USA als wiederkehrender Tyrann, dieses Argument hatte man zuletzt in dieser Art von Daniel Ellsberg gehört. Ellsberg, selbst ein Whistleblower zur Zeit des Vietnamkriegs, der heute zum Prototypen des Whistleblowers geworden ist, war von Hause aus militärischer Berater. Er hatte jahrelang an der strategischen Planung des Kriegs in

Südostasien mitgearbeitet und noch 1967 wurde er gebeten, an einer Geheimstudie des Pentagon zum Vietnamkrieg mitzuwirken, die die Entscheidungsstrukturen der amerikanischen Administrationen seit dem Zweiten Weltkrieg untersuchen sollte. Im Lauf seiner Recherche stellte Ellsberg fest, wie unhaltbar die offizielle Version der USA und die damit verbundene Begründung für den eskalierenden Konflikt in Vietnam war. Die USA waren nicht erst seit dem Angriff eines Torpedoboots auf die *USS Maddox* im Golf von Tonkin an den Auseinandersetzungen in Südostasien beteiligt, auch waren sie nicht unfreiwillig in die Auseinandersetzung zwischen Nord- und Südvietnam hineingezogen worden, wie die offizielle Version des August 1964 besagte. Wie Ellsberg feststellte, waren die USA erst mit Geld, dann Ausrüstung und schließlich mit Soldaten und Beratern an der »Rekolonialisierungskampagne« Frankreichs beteiligt – und zwar seit 1946. Ohne die USA hätte es diesen Krieg wahrscheinlich nie gegeben oder er wäre schon nach wenigen Jahren beendet worden. Frankreich hatte nie die Ressourcen, in Südostasien einen langandauernden Krieg zu führen.

Für Ellsberg war dieses Auftreten der USA ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Schließlich hatten die USA 1945 einer Delegation vietnamesischer Politiker versprochen, die Unabhängigkeit des vietnamesischen Volkes anzuerkennen. Diese Missachtung der eigenen Versprechen war für Ellsberg auch ein Symptom einer tiefliegenden Doppelmoral: so war die USA nicht nur nicht an der Befreiung Vietnams interessiert, sondern sie entpuppte sich als der Agent, der für die Terrorisierung einer anderen Nation verantwortlich war. Diese Impertinenz im Umgang mit dem vietnamesischen Volk stand aber genauso in Schieflage wie jener mit der amerikanischen Bevölkerung. Diese meinte man unter Vorspiegelung falscher Tatsachen glauben machen zu müssen, dass es im Interesse der USA liege, für eine korrupte Regierung in Südvietnam zu kämpfen, um, so die Sorge der Zeit, das Ungeheuer des realexistierenden Sozialismus zu bezwingen.

Ellsberg sah es fortan als seine Pflicht an, gegen diesen modernen Tyrannen vorzugehen. In nächtelanger Kleinarbeit kopierte er ab 1969 den fast 7000-seitigen Geheimbericht über die Entscheidungsstrukturen der amerikanischen Regierung, die sogenannten Pentagon Papers, um sie ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Er kopierte nicht nur jede Seite einzeln, auch band er das Werk neu und befreite in aufwändiger Manier jedes Blatt von den Vermerken »top secret«. 1971 sprach er dann mehrere Kongressabgeordnete an, ob sie bereit seien, die Papiere in die offiziellen Akten des Kongresses aufzunehmen und damit den Bericht zumindest den Entscheidungsträgern zugänglich zu machen. Er hoffte damit, den Kongress umzustimmen und eine weitere Eskalation des Krieges zu verhindern. Als auch dies nichts half, wandte sich Ellsberg schließlich an die *New York Times*, die sich im Juni 1971 bereit erklärte, erste Teile der Papiere zu veröffentlichen; nach einer einstweiligen Verfügung gegen die Veröffentlichung durch das Weiße Haus

sprangen schnell andere Zeitungen ein und druckten weitere Teile des Geheimdokuments.

Ellsberg beschleunigte damit maßgeblich das Ende des Krieges in Vietnam. Aber nicht nur darin besteht seine historische Bedeutung. Der Prozess um die Legalität der Veröffentlichung führte darüberhinaus zu einem Grundsatzurteil des Obersten Bundesgerichts, das die Meinungs- und Pressefreiheit stärkte. Schließlich wurde Ellsberg zu einem unfreiwilligen Protagonisten des Watergate-Skandals: im Auftrag von Nixon wurde zunächst in das Büro sein Psychiaters eingebrochen und seine Krankenakten gestohlen und dann versuchten man, den Richter zu bestechen, der Ellsberg 1973 anklagte. Heute ist Ellsberg das Vorbild einer ganzen Generation von Whistleblowern. Erst im Februar 2016 sagte Snowden anlässlich der Verleihung des Dresden-Preises an Ellsberg: »Ohne Daniel Ellsberg hätte es keinen Edward Snowden gegeben.«

Dabei sind Ellsberg und Snowden auf ihre Art atypisch und dann doch wieder typisch für die Protagonisten des heutigen Widerstands. Atypisch, weil sie mit ihren Veröffentlichungen nie an einer Optimierung und Verbesserung der Bürokratie interessiert waren. Auch wenn sie heute als *die* Whistleblower gelten, sind sie es im klassischen Sinne nicht. Dazu muss man vorausschicken, dass die Bezeichnung ›Whistleblower‹ heute eine Gruppe von Menschen beschreibt, die interne Dokumente veröffentlichen und dabei einen bestimmten offiziell vorgeschriebenen Weg einschlagen (müssen), um ihre Anliegen zu adressieren. Nach der gängigen Definition sind sie desillusionierte Mitarbeiter, die aus Enttäuschung über Verschwendung oder Korruption an die Öffentlichkeit treten, um die Abläufe einer Behörde oder einer Firma wieder in die richtigen Bahnen zu lenken. – Snowden wurde das übrigens zum Verhängnis, gerade weil er sich nicht an den offiziellen Weg gehalten hatte und nicht erst intern und unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Verstöße gegen die Bürgerrechte einzelner (wenn nicht aller) Amerikaner angeprangert hatte. Es ist dies aber nur ein technokratische Spitzfindigkeit, mit der man heute die Glaubwürdigkeit Snowdens unterwandern will.

Typisch sind Ellsberg und Snowden in dem Sinne, dass sie mit ihren Aktionen in Opposition zur vorherrschenden Weltlage treten. Darin stimmen sie mit anderen Hacktivisten, aber auch Transparenzadvokaten oder Internet-Vigilanten überein – auch wenn diese andere Mittel einsetzen und andere Ziele verfolgen. Dabei sind es nicht so sehr die außenpolitischen Gräueltaten der USA, die heutige Aktivisten antreiben; auch wenn das natürlich nur zum Teil stimmt. Chelsea Manning hoffte mit der Veröffentlichung geheimer Dokumente aus Afghanistan und dem Irak die Stimmung gegen eine gescheiterte Mission am Hindukusch und eine verfehlte Militärpolitik an Euphrat und Tigris noch einmal umzubiegen. Typisch ist etwas anderes. Typisch ist vielmehr der Argwohn, dass sich eine gesamte Gesellschaft, wenn nicht die Zivilisation des 21. Jahrhunderts in eine, wie Stefan Aust sagt, »digitale Diktatur« verwandelt. Groß ist die Sorge, dass die Entwicklung des Internet und die Digitalisierung der

Welt eine Infrastruktur schaffen, die gar nicht mehr zurückgenommen werden kann und die mit ihren Strukturen der Datenanalyse und -vermarktung sukzessive Rechtsgrundsätze modifizieren und verändern.

Indes ist der Vorwurf der Tyrannei heute ein gleichsam anderer als 1967. Damals, als Ellsberg mit seiner Recherche zu den Entscheidungsstrukturen der verschiedenen USA Administrationen begann, befand sich der Vietnamkrieg auf einem Höhepunkt, der unter Nixon und Kissinger mit ihrer Expansion des Kriegsschauplatzes auf Kambodscha weiter eskalieren sollte. Man stritt über die Potenz der USA, die sich von einem Boten der Freiheit in einen Usurpator fremder Länder verwandelte hatte. Von Massenüberwachung oder der flächendeckenden Erfassung unseres Konsumverhaltens war (noch) nicht die Rede. Dass es diese umfassende Überwachung in Ansätzen zumindest schon damals gab, wurde erst nach einer undichten Stelle innerhalb des Nachrichtendienstes der U.S. Army und einem Bericht über illegale Überwachungsprogramme durch die CIA bekannt, den Seymour Hersh 1974 in der *New York Times* veröffentlichte und der die verfassungswidrige Observation von Kriegsgegnern und Bürgerrechtsaktivisten, wie etwa Martin Luther King, aufdeckte. Diese Veröffentlichungen führten zu den Ermittlungen durch das Church Committee (1975-1976) und in der Folge zu den Richtlinien des *Foreign Intelligence Surveillance Act of 1978*, der, so viel in einem Nebensatz, nicht die erhoffte Kontrolle über die institutionellen Gewalten und die Sicherung der amerikanischen Bürgerrechte brachte, die man sich 1978 noch von ihnen versprochen hatte. – Mit den Richtlinien des *FISA Courts*, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit unter anderem die Observation von US-Bürgern erlaubt und mit ihrem Prinzip der *three hops* die rechtlichen Grundpfeiler von Programmen wie Prism oder XKeyscore bestellt, die ausgehend von einer einzelnen Person heute die Überwachung von Abermillionen von Menschen erlauben.

Was ist also passiert, dass sich die USA, nachdem sie sich in den 1970er Jahren noch einmal ihrer Freiheitsrechte besonnen hatte, wieder in die grauen Untiefen einer heute flächendeckenden Überwachung verstrickt hat? – Werden vielfach der 11. September 2001 und die Anschläge auf das World Trade Center als Schlüsselereignis genannt, ist die Entwicklung des, wie Jon L. Mills ihn nennt, »zudringlichen Staates« älter und komplexer, als es die Geschichte der Anschläge und das anschließende Credo »wir müssen unsere Bürgerrechte einschränken im Namen unserer Sicherheit« verrät.

Die Entwicklung reicht mindestens bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Damals hatte man erkannt, dass die Vernachlässigung der Gegenaufklärung des Feindes auch in Friedenszeiten die USA unvorbereitet für die Entwicklungen der 1930er Jahre ließ. Dies sollte sich nicht wiederholen und führte 1952 zur Gründung der NSA, die sowohl heimische Infrastruktur und Staatsgeheimnisse schützen wie den

politischen Gegner ausspähen, wenn nicht gar dessen Infrastruktur zerstören soll.

Neben diesen Lehren aus der Geschichte, die durch eine Paranoia vor der »roten Gefahr« weiter beflügelt wurde, sind es besonders zwei Entwicklungen, die für die Gestalt der heutigen Situation entscheidend sind: einerseits der Fortschritt der Computertechnologie und die Entwicklung von intelligenter Spyware gerade in kommerziellen Zusammenhängen, sowie die Umstellung der Staatstechnik auf die Methode des Social Engineering – also der Idee, durch Kalkulation und Vorausberechnung die Entwicklung der Gesellschaft vorantreiben zu können. Es sind diese zwei Faktoren, die dazu führen, dass das Sammeln von Informationen in das Zentrum der Herrschaftstechnik gestellt wurde. Statistische Erfassung von Abläufen sollen gesellschaftliche Prozesse verbessern. Sie führen, damals wie heute, zu immer größeren Rechenmaschinen, die die komplexen Algorithmen der Technokraten berechnen können.

Dass aus Statistik heute dann Transparenz geworden ist, liegt an den Veränderungen der letzten 60 Jahre. Insbesondere der Wechsel von starren Schemata zu heute flexiblen und anpassungsfähigen Programmen, die besonders unser Verhalten als Konsumenten miteinbeziehen, ist hier zu nennen. So ist der Umbau unserer Wirtschaft an dieser Entwicklung zu einer digitalen Diktatur ebenso beteiligt wie die Veränderung der Paradigmen nationaler Sicherheit. Sprach man einst von Transparenz im Sinne eines Beiwerks der Gewaltenteilung, steht sie heute für die Idee der Freiheit der Information. Und sollte Transparenz und der Zugang zu Informationen einst dazu dienen, die Gesellschaft vor Machtexzessen und Formen der Tyrannis zu schützen, wird Transparenz heute zu einer eigenständigen und von den gesellschaftlichen Verhältnissen losgelösten, absoluten Triebfeder erkoren, die mit ihrer unsichtbaren Hand gesellschaftliche Prozesse optimiert, nicht aber die rechtlichen Grundlagen dieser Prozesse hinterfragt.

Dieser Konflikt zwischen zwei Idealen der Transparenz zeichnet sich übrigens nicht nur innerhalb des Lagers heutiger Netzaktivisten ab. Mit ihm lässt sich auch der »War on Whistleblowers« erklären, den Obama seit seinem Amtsbeginn führt. Obamas harsches Vorgehen, unter anderem gegen Chelsea Manning oder Edward Snowden, hat zu vielen Irritationen nicht zuletzt unter Transparenzadvokaten geführt; auch oder gerade weil er nach fast acht Jahren Amtszeit nicht müde wird, zu betonen, seine Regierung sei »die transparenteste der Geschichte«. Dabei ist dieser Betrug an dem Ideal der Transparenz nur ein scheinbarer. Der »War on Whistleblowers« ist keine Anomalie, sondern folgt einer stringenten Logik: denn heute wird die Staatsraison des Social Engineering mit ihrem Ideal der Transparenz gegen die Überwachung staatlicher Institutionen und ihrem Leitbild der Transparenz, nämlich Rechenschaft im Angesicht des Volkes abzulegen, ausgespielt.